

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of a dark blue square containing the lowercase letters 'vbw' in white. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Starkes Bayern – starkes Europa Deutschlands Rolle in der Europäischen Union

Freitag, 22.09.2017 um 15:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, Conference Area, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Deutschlands Rolle in der EU

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Begrüßung

Ich freue mich sehr, Sie heute zu unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Allen voran danke ich unseren Gästen – oder besser: Freunden – aus den europäischen Nachbarländern für Ihr Kommen.

Gemeinsam haben wir eine gute Tradition begründet, uns alljährlich im September hier in München zu treffen und uns über Stand und Entwicklung der EU auszutauschen.

Ebenso sehr freue ich mich darüber, dass Manfred Weber als Vorsitzender der EVP Fraktion im Europäischen Parlament sich wieder die Zeit genommen hat zu kommen.

Er kann uns wie kaum ein anderer vom Zustand der EU berichten.

Neu und sehr willkommen in unserem Kreis ist Dr. Christian Helmenstein. Er ist Chefökonom bei der Industriellenvereinigung, unserem Schwesterverband in Österreich.

Schließlich freue ich mich, dass Alexander Hagelücken von der Süddeutschen Zeitung

wieder die Moderation übernommen hat. Auch er gehört mittlerweile traditionell zu dieser Veranstaltung.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl in zwei Tagen richten wir heute den Fokus unserer Veranstaltung bewusst auf Deutschland. Wir wollen die Frage diskutieren,

- welche Rolle unser Land in der EU spielt, insbesondere nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs,
- welche Rolle es spielen kann aufgrund seiner Größe und Wirtschaftskraft und
- welche Rolle es aus Sicht unserer Nachbarn spielen soll.

Fakt ist: Deutschland ist die größte und stärkste Volkswirtschaft in der EU.

Das wird nicht überall nur positiv gesehen. Es gibt Kritik an der Rolle Deutschlands in der EU – vor allem am hohen Leistungsbilanzüberschuss.

Die EU ist der größte Handelspartner für Deutschland und Bayern.

Wir wickeln knapp 60 Prozent unseres weltweiten Außenhandels mit den EU-Partnern ab.

Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland Waren im Wert von fast 708 Milliarden Euro in andere EU-Länder – das waren knapp 59 Prozent aller Ausfuhren.

Die Importe Deutschlands aus EU-Ländern betragen 552 Milliarden Euro und standen damit für 58 Prozent aller Einfuhren.

Der Handelsüberschuss Deutschlands mit der EU betrug damit 155 Milliarden Euro – und damit 12,2 Prozent des gesamten Handelsvolumens (*Export plus Import*) mit der EU.

Der Überschuss Bayerns mit der EU ist dabei wesentlich geringer. Aktuell ist die Handelsbilanz sogar fast ausgeglichen. Ursache dafür ist das große Volumen an Vorleistungsimporten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Die Zugehörigkeit Deutschlands und Bayerns zum europäischen Binnenmarkt bringt uns Deutschen ohne Frage große Vorteile.

Eine Studie der Prognos AG kommt zu dem Ergebnis, dass das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1992 bis

2012 um jährlich 450 Euro höher ausfiel als ohne Binnenmarkt.

Nur für Dänemark ergab sich mit 500 Euro jährlich ein noch größerer Gewinn.

Aber: Die Kritik am hohen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands ist unbegründet.

Im Kern lautet der Vorwurf, Deutschland würde durch zu geringe Lohnsteigerungen seine Wettbewerbsfähigkeit künstlich zu Lasten der anderen EU-Länder – und nicht nur dieser – verbessern.

Der Vorwurf des Lohndumpings geht völlig an der Realität vorbei. Er ist geradezu absurd.

Die deutsche Industrie hat weltweit die fünfthöchsten Arbeitskosten, der Kostennachteil gegenüber anderen Ländern beträgt rund 20 Prozent.

Seit 2011 steigen die Löhne in Deutschland Jahr für Jahr stärker als im Schnitt der EU und der Eurozone.

Die besonderen Erfolge der deutschen Wirtschaft basieren vor allem auf der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die qualitativ hochwertige und attraktive Produkte anbieten.

Diese Wettbewerbsfähigkeit haben wir uns hart erarbeitet: Auf politischer Ebene gab es Reformen, durch die wir wettbewerbsfähiger wurden. Aber auch die Unternehmen sind durch – teilweise schmerzhaft – Umstrukturierungen besser geworden.

Zudem gilt: Es wäre nicht nur absurd, sondern auch für die anderen EU-Staaten fatal, würde man die deutsche Wirtschaft bewusst schwächen, um die Exporte zu dämpfen.

Denn: Die anderen Länder in der EU profitieren vom wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.

Und zwar in erster Linie deshalb, weil eine starke deutsche Wirtschaft mehr aus anderen EU-Ländern importiert!

Eine vbw Studie zeigt:

Die Importnachfrage Deutschlands führt in den anderen EU-Staaten

- zu einer zusätzlichen Wertschöpfung von 240 Milliarden Euro und
- sorgt dort für 4,8 Millionen Arbeitsplätze.

Allein die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungen und Investitionsgütern sichert 3,4 Millionen Jobs in den EU-Ländern.

In Tschechien und der Slowakei sind diese positiven Beschäftigungseffekte – relativ gesehen – am größten.

Dort hängen zwischen acht und neun Prozent aller Beschäftigten von der deutschen Importnachfrage ab. In Polen sind es fünf Prozent.

Eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde die EU-Partner nicht stärken, sondern im Gegenteil schwächen!

Die EU profitiert von der Rolle Deutschlands als Wachstums- und Joblokomotive für die gesamte Union.

Statt die deutsche Volkswirtschaft zu schwächen, muss es darum gehen, dass alle EU-Länder wettbewerbsfähiger werden – das stärkt auch die EU als Ganzes.

Das ist auch die richtige Antwort auf die Europaskepsis und den Zulauf EU-feindlicher Parteien in vielen Ländern

Eine starke EU werden wir aber nur dann erreichen, wenn jedes Land für seine Schulden, seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen Arbeitsmarkt selbst verantwortlich ist.

Sonst verlässt sich jeder auf den anderen, ohne selbst aktiv zu werden!

Jedes Land muss konsequent an seinen eigenen Stärken und Schwächen arbeiten.

So wie Frankreich, das gerade dabei ist, den richtigen Weg zu beschreiten.

Nur das bringt nachhaltiges Wachstum, Arbeitsplätze und senkt die Schuldenlast.

Alle anderen Lösungen, wie etwa die Hoffnung, dass andere – etwa die Europäische Zentralbank oder andere EU-Länder – dauerhaft schwächere Staaten retten und dort den Wohlstand künstlich heben können, sind ein gefährlicher Irrweg.

In die falsche Richtung gehen deshalb auch die Pläne der EU-Kommission, eine Europäische Säule Sozialer Rechte einzuführen.

Es besteht hier die Gefahr, dass wir in eine „Umverteilungsunion“ hineingleiten, in der die wettbewerbsfähigen Länder die Arbeitslosigkeit in den reformunwilligen Staaten dauerhaft finanzieren – etwa in Form einer Europäischen Arbeitslosenversicherung.

Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik ist Sache der Mitgliedsstaaten – und sie muss es auch bleiben.

Es dürfen auf EU-Ebene keine zusätzlichen sozialen Standards eingeführt werden, die die Souveränität der Mitgliedstaaten weiter einschränken.

Das würde die Akzeptanzprobleme der EU verschärfen und den EU-Gegnern und Populisten weiter Auftrieb verleihen.

Europäische Solidarität muss stattdessen in Hilfe zur Selbsthilfe bestehen. Hierfür steht der EU eine Reihe von Mitteln zur Verfügung, die bereits heute in vielfältiger Weise eingesetzt werden:

- Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien zeigen als größte Netto-Zahler mit insgesamt rund 30 Mrd. Euro pro Jahr über den Haushalt der Gemeinschaft große finanzielle Solidarität.
- Hinzu kommen Finanzhilfen als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.
- Mit ihrer Kohäsionspolitik hat die EU ein probates Mittel, das Zusammenwachsen der europäischen Regionen zu fördern.

Statt Bürokratie und Umverteilung zu fördern, sollte sich die EU stattdessen darauf fokussieren, den Binnenmarkt weiter voranzutreiben.

Der Binnenmarkt ist der echte Treiber für den Wohlstand und für Arbeitsplätze – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern.

Meine Damen und Herren,

von der aktuell starken Rolle Deutschlands innerhalb der EU profitieren auch die anderen Länder.

Es kann deshalb nicht darum gehen, Deutschland zu schwächen.

Vielmehr müssen alle Länder und damit die EU insgesamt wettbewerbsfähiger und wachstumsstärker werden.

Kurz zusammengefasst geht es um

- Wettbewerbsfähigkeit statt Über-Regulierung
- Industriepolitik statt De-Industrialisierung
- Eigenverantwortung statt Umverteilung
- Subsidiarität statt Zentralisierung
- Und: Konzentration auf die Vollendung des Binnenmarktes sowie auf die Felder, in denen wir dringend mehr Zusammenarbeit in der EU brauchen, wie in der Außen- und Sicherheitspolitik und bei der Flüchtlingsintegration.

Vielen Dank!